Ausgabe Nr. 49, Oktober 2022

AWG Thurgau

memo

Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft

«Energiestress» in Europa – und die Schweiz mittendrin

BRENNPUNKT | Obschon sich die Handelspreise für Energie in diesen Tagen leicht entspannt haben: Die Versorgungssicherheit bleibt für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wichtig. Sie hängt primär an guten Beziehungen mit den europäischen Nachbarn. Der Thurgau ist daran, die drohenden Probleme in einem Krisenstab zu bewältigen.

Armin Menzi

Bruno Schlauri stellt in seinem Editorial die richtige Frage: «Ist die Party vorbei?» Ja. Aber man spricht nicht darüber und vertraut in Zeiten der tiefsten Teuerungs- und Arbeitslosenquote inmitten Europas darauf, dass es irgendwer schon richten wird. Einig ist man sich darin, dass der russische Kriegstreiber Wladimir Putin die Hauptschuld an den gravierendsten Verwerfungen Europas seit dem Zweiten Weltkrieg trägt. Er hat Europa inzwischen den Gas- und Ölhahn nahezu vollständig zugedreht. Das hat schlimme Folgen, weil der europäische Strom zu über 60 Prozent in Gas-, Öl- und Kohlekraftwerken erzeugt wird.

Steuerzahler in der EU müssten Energie für die Schweiz subventionieren

Das schlägt auch auf die Schweiz durch. Trotz 60 Prozent Strom aus Wasserkraft und 40 Prozent aus Atomkraftwerken bleibt sie eine gefährdete Insel, weil sie nach dem Scheitern des EU-Rahmenvertrags kein Stromabkommen mit Europa hat. Die europäische Staatengemeinschaft wird sich daher hüten, bei einer eigenen Energie-Mangellage ihre Nicht-EU-Nachbarn zu beliefern – zumal mit Strom und Erdgas, die von ihren eigenen Steuerzahlern subventioniert werden. Gestützt wird dies durch die EU-27-Solidaritäts-Charta, die den Verantwortlichen in Bundesbern nicht erst seit dem letzten März den Angstschweiss auf die Stirn treibt. Erschwerend kommt hinzu, dass Brüssel der Schweiz zunehmend die kalte Schulter zeigt, wie Staatssekretärin Livia Leu lakonisch bestätigt.

Deutschland macht die «Energiewende rückwärts» und nimmt wieder Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke ans Netz.

Sommaruga: «Auf den Winter gut vorbereitet»

Auch darum führte Simonetta Sommaruga Anfang Oktober am informellen Treffen der EU-Energieminister in Prag die Schweizer Wasserkraftreserven ins Feld und beruhigte ihre Kollegen damit, dass die Schweiz «für diesen Winter gut vorbereitet» sei. Die Rolle des Musterschülers unterstrich sie mit dem 10-Milliarden-Rettungsschirm für Schweizer Stromhändler,

Schluss auf Seite 2

Einladung

31. Generalversammlung der AWG
Freitag, 18. November 2022
19.30 Uhr, Weinfelden
Gasthaus zum Trauben

- Statutarische Geschäfte
- Referat «Energiestress in Europa – und die Schweiz mittendrin»

Parole

Volksabstimmung vom 27. November 2022
Der Vorstand der AWG Thurgau empfiehlt ein **JA** zum Objektkredit von 16.3 Mio. Franken für den **Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld**.

Agenda

Empfang von Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli im Thurgau
Mittwoch, 30. November 2022
13.08 Uhr: Ankunft Extrazug
13.25 Uhr: Empfang Bahnhofplatz Frauenfeld mit anschliessendem Festumzug.

«Energiestress» in Europa und die Schweiz mittendrin

Schluss von Seite1

der Energiesparkampagne für Volk und Wirtschaft sowie dem bundesrätlichen Verknurren der Gasbranche, eigene Speicher zu organisieren.

Winterstrom für die Schweiz aus Frankreich eher unwahrscheinlich

Allerdings kämpfen Berlin, Paris und Rom trotz randvoll gefüllter Gasspeicher selber gegen den Zusammenbruch ihrer Energieversorgung. Um das Schlimmste abzuwenden, wirft Deutschland die stillgelegten Kohle- und Gaskraftwerke wieder ans Netz, behält drei Atomkraftwerke bis Mitte April 2023 in Betrieb und importiert zeitweise sogar Elektrizität aus der Ukraine, um sich selber und Frankreich über die Runden zu bringen. Dort stehen derzeit 31 von 56 Atomreaktoren wegen dringender Reparaturen und Revisionen sowie zur Brennstoffeinsparung still. Ab Dezember sollen sie stufenweise wieder ans Netz gehen, doch «die Schweiz wird im Winter kaum Strom erhalten. Im Vordergrund steht die Belieferung von Deutschland und Italien», bestätigt Myrto Tripathi von der «Eléctricité de France» auf Anfrage.

Schweiz vertraut aufs Energiesparen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die Schweiz hat im Jahr Eins nach Covid den Ernst der Lage erkannt. Der Bundesrat lancierte stilsicher eine millionenschwere Kampagne mit dem Ziel, 15 Prozent Strom und Erdgas einzusparen. Seitdem tauchen Städte und Gemeinden in einem Anflug von «Vorbildfunktion» ihre Bauten und Strassen in nächtliches Dunkel, verbieten Weihnachtsbeleuchtungen, machen selbst vor Krematorien nicht halt und lassen ihre Beamten bei 19 Grad in ihren Büros schlottern.

Bundesrat führt Notrecht ein und übergeht dabei Kantone und Gemeinden

Ende September hat der Bundesrat fast geräuschlos das Zepter übernommen und den Strom-Notstand ausgerufen. Er tat es durch einem Vertrag mit der «General Electric» im aargauischen Birr. Sie baut im Auftrag des Bundes für rund 470 Millionen Franken ein temporäres Kraftwerk mit 8 Turbinen, das ab Februar nächsten Jahres aus Gas oder Kerosin Spitzenstrom produzieren soll. Die rechtliche Grundlage für den Deal zwischen dem Bundesamt für Energie und dem US-amerikanischen Kraftwerksanbieter bildet das Landesversorgungsgesetz. Es ermächtigt den Bundesrat, zahlreiche Gesetze als «vorübergehend nicht anwendbar» zu erklären. Dies betrifft unter anderem die Raumplanung oder die Umweltgesetzgebung über alle Stufen hinweg – also Bund, Kantone und Gemeinden. Notrecht herrscht!

Thurgauer Krisenstab bereitet sich auf Mangellagen vor

Der Thurgau ist der schweizerische Musterschüler bei der Energieförderung. Als Grenzkanton zu Baden-Württemberg und Eigentümerin der kantonalen Stromversorgerin EKT Holding AG fühlt sich der Kanton gegen «ausserordentliche Lagen» der Energieversorgung einigermassen gewappnet. Als letztes Glied in der nationalen Massnahmenkette hat die oberste Chefin des Kantonalen Führungsstabs, Regierungspräsidentin Cornelia Komposch im Schulterschluss mit ihrem Kollegen, Energiedirektor Walter Schönholzer bereits Ende Juni den «Teilstab Energieversorgung 2022/2023» eingesetzt.

Ein Strom-Blackout im Thurgau erscheint den Krisenverantwortlichen eher unwahrscheinlich. Man sei für Mangellagen parat.

Regierungsrat Walter Schönholzer geht davon aus, dass der Thurgau eine schwere Mangellage bei der Strom- und Gasversorgung parieren könnte.

Seit dem Frühsommer brüten dort die Vertreter der Energieversorger, der Industrie, dem Gewerbe und der Gemeinden über der kniffligen Aufgabe. Dabei geht der Thurgau davon aus, dass er eine schwere Mangellage bei der Strom- und Gasversorgung parieren könnte. Sollte sie nämlich eintreten, ständen Organisation und Massnahmen für die Vorsorge- und Einsatzplanungen parat.

Verpflichtungen des EKT aus Stromhandel als «kritische Grösse»

Als kritische Grösse macht der Thurgau allenfalls die Verpflichtungen der EKT Holding AG aus dem Stromhandel aus. Das Unternehmen sei allerdings «solide aufgestellt» und verfüge über hohe liquide Mittel, schreibt die Regierung in einer Antwort auf einen Vorstoss aus dem Grossen Rat. Aus aktueller Sicht sei also ein Liquiditätsengpass, wie er etwa bei der Axpo Holding AG eingetreten ist, «unwahrscheinlich». Sollte er dennoch eintreten, könnte der Thurgau notfalls «innert weniger Tage auch hohe Summen an Liquidität» einschiessen.

Offen bleibt dabei die Frage nach den Verpflichtungen, die aus der Beteiligung an der Axpo erwachsen. Aktuell verfügt der Badener Energiekonzern über 5,3 Milliarden Kreditlinien im Finanzmarkt plus 4 Milliarden in Form eines Schutzschirms des Bundes. Im schlimmsten Fall würden Verluste aus dem Schutzschirm zur Hälfte den Kantonen auferlegt. Also auch dem Thurgau. Fazit: Vieles bleibt schwierig.

Bruno Schlauri fragt, ob die Party vorbei sei. Gegenfrage: Wer hat angesichts einer derart komplizierten Lage überhaupt noch Lust auf eine Party?

AWG stimmt Kanti-Erweiterungsbau zu

Am 27. November stimmen die Thurgauerinnen und Thurgauer über den Kredit in der Höhe von 16.3 Mio. Franken für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld ab. Der Vorstand der AWG empfiehlt die Ja-Parole.

Aus einen «Provisorium» ist ein «Providurium» geworden: Vor 50 Jahren wurden neben der Kantonsschule Frauenfeld eingeschossige Baracken erstellt; seitdem wird darin unterrichtet.

Damit soll endlich Schluss sein: Der Kanton unterbreitet dem Stimmvolk einen Kredit in der Höhe von 16.3 Mio. Franken für einen definitiven Erweiterungsbau. Er umfasst 14 neue Klassenzimmer, die die Anforderungen an einen modernen Schulbetrieb erfüllen. Denn das Lernen erfolgt immer stärker interdisziplinär, selbstorganisiert und zusehends individueller. Diese Meinung vertritt auch der Grosse Rat. Er hat Mitte Juni dem Kreditbegehren mit 104:0 Stimmen zugestimmt.

Als Präsident der Vorberatenden Kommission wirkte der Mitte-Kantonsrat Kilian Imhof, selber Lehrer und Schulleiter. Er ist überzeugt von der Vorlage: «Es geht darum, dass wir auch den nächsten Generationen ein modernes Bildungsangebot machen können», meint er. Solches führten ja schon die Gründer der Kanti Frauenfeld im Schilde – vor genau 111 Jahren. ■AM

Kilian Imhof, Kantonsrat der Mitte und Präsident der vorberatenden Kommission für den Erweiterungsbau.

Dank ans Erfolgsgespann

Während im Hintergrund die Vorbereitung für den Empfang der neuen Ständeratspräsidentin auf Hochtouren liefen, schaffte die Mitte Thurgau Klarheit: Brigitte Häberli wird 2023 noch einmal antreten. Das hat die Strategien der Thurgauer Parteien für einen kurzen Moment erschüttert, denn der Angriff aufs «Stöckli» dürfte für sie angesichts der politischen Ansehens von Brigitte Häberli schwierig werden. Die Mitte Thurgau sorgt also für Kontinuität.

Die designierte Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli und der langjährige Parteipräsident Paul Rutishauser standen und stehen für Konstanz und Verlässlichkeit der Mitte.

Für diese sorgte während seiner Zeit als Parteipräsident vor allem auch Paul Rutishauser. Der blitzgescheite, fleissige und stets unaufgeregt wirkende Hinterthurgauer brauchte keine Knalleffekte. Der weltläufige IT-Spezialist lebte seine Tugenden auch als Parteipräsident aus – mit einer stets nüchternen Lagebeurteilung und nachvollziehbaren Handlungen. Auch die AWG Thurgau dankt ihm für sein erfolgreiches Wirken und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Ist die Party vorbei?

Die im Leitartikel von Armin Menzi im letzten «memo» getroffenen Annahmen fürs Erdgas und den Winterstrom haben sich leider weitgehend bewahrheitet. Müssen wir uns auf kaum beheizte Wohnungen und auf Stromausfälle vorbereiten? Der Ernst der Lage ist dem Bundesrat und den meisten Politiker endlich bewusst geworden. Gegen griffige Massnahmen gibt es aber nach wie vor Widerstände.

Auf unsere Wirtschaft kann sich dies fatal auswirken. Das zeigt sich auch bei den vom Sekretariat für Wirtschaft (Seco) veröffentlichten Wachstumsprognosen. Die Expertengruppe senkt diese von 2,6 auf 2,0 Prozent für dieses und auf nur noch 1,1 Prozent für das kommende Jahr.

Welchen Einfluss dies auf die Inflation und damit auf die Binnennachfrage hat, wird sich zeigen. Viele Unternehmen klagen schon heute über unterbrochene Lieferketten. Kein gutes Omen! So bleibt die Hoffnung, dass der Krieg in der Ukraine als eine der Hauptursachen für die Misere zu Ende gebracht werden kann.

Bei den eidgenössischen Volksabstimmungen vom 15. Mai und 25. September sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Parolen des AWG-Vorstands weitgehend gefolgt. Im Mai bei der Änderung des Filmgesetzes und der Frontex-Vorlage, und am 25. September bei der Massentierhaltung, den AHV-Vorlagen und bei der Verrechnungssteuer.

Ich wünsche Ihnen gute Momente bei der Lektüre der 49. Ausgabe unserer Publikation!

Mit herzlichen Grüssen
Bruno Schlauri
Präsident der AWG Thurgau

APPLAUS FÜR AWG-MITGLIEDER

Patrick Siegenthaler wurde am 3. Oktober, an der «Wega»-Sitzung, als Kantonsrat vereidigt. Der Wirtschaftsinfomatiker tritt die Nachfolge von Katharina Bünter aus Gerlikon an. Seit Anfang Jahr ist Siegenthaler Mitglied des AWG-Vorstandes sowie Präsident der Mitte Bezirk Frauenfeld. Für den Anlass «Cybersicherheit» Ende September im Rathaus Frauenfeld war es ihm gelungen, Oberst im Generalstab Robert Flück, Chef für Cybersicherheit im VBS nach Frauenfeld zu bewegen.

Patrick Siegenthaler, Stadtratskandidatin Regine Siegenthaler und Robert Flück, Chef Cyber-Abwehr beim VBS (von links).

Simon Wolfer tritt am 27. November zur Wahl zum Weinfelder Stadtpräsidenten an. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt politisiert seit knapp 20 Jahren im Weinfelder Stadtparlament und präsidierte dort während neun Jahren die Geschäftsprüfungskommission. Seit Ende 2018 wirkt Wolfer auch im Grossen Rat, wo er sich schwergewichtig mit Energie und Umwelt befasst. Eine gute Voraussetzung hierfür ist auch sein VR-Mandat bei der Technischen Betriebe Weinfelden AG, das er seit 2017 ausübt. Wolfer ist zudem Mitglied des Hochschulrats der Pädagogischen Hochschule Thurgau. Dieses breite Wirkungsspektrum ist eine gute Voraussetzung für das erfolgreiche Wirken als künftiger Stadtpräsident. Als weiteres gewichtiges Mitte-Mitglied bewirbt sich Valentin Hasler, Präsident der Offiziersgesellschaft Thurgau, für einen Sitz im Weinfelder Stadtrat.

Stefan Geiges ist Ende August nach 19 Jahren aus dem Gemeinderat der Stadt Frauenfeld zurückgetreten. Als vormaliger CVP- und nachmaliger Mitte-Gemeinderat hat er mit seiner gradlinigen und konsequenten Art das politische Geschehen der Kantonshauptstadt massgeblich mitgeprägt. Als Präsident der Geschäftsprüfungskommission «Bau und Werke» unterstützte er die Neuausrichtung der vormaligen Werkbetriebe zu einem marktorientierten Dienstleistungsunternehmen mit viel Engagement. Geiges wirkte schliesslich auch im Grossen Rat und vertrat dort die Anliegen von Wirtschaft und Gewerbe. Von letzteren fühlte er sich zusehends im Stich gelassen, was ihm zum Schluss die ironische Aussage entlockte: «Auf meine Gegner habe ich mich immer verlassen können. Was sich von meinen bürgerlichen Kollegen nicht immer sagen konnte.»

Elsbeth Aepli Stettler wird als Frauenfelder Stadträtin und Vize-Stadtpräsidentin im Februar 2023 nach knapp 20 Amtsjahren zurücktreten. Sie betreute Zeit ihres Wirkens das Departement für Alter und Gesundheit mit grossem Engagement und viel Gespür. Aepli Stettler politisierte ausserdem während 18 Jahren im Grossen Rat. Hauptberuflich ist sie als Rechtsanwältin und Partnerin in einem Anwaltsbüro in Kreuzlingen tätig. Als ihre Nachfolgerin im Stadtrat schickt die Mitte Frauenfeld die Juristin Regine Siegenthaler ins Rennen. Siegenthaler arbeitet als Kaderfrau auf Departementsstufe beim Kanton und ist daneben Begründerin und Geschäftsführerin von «Coworking Frauenfeld», einem innovativen Unternehmen, das temporäre Arbeitsräume anbietet.

Gallus Müller, Guntershausen, übergibt in diesen Tagen das Fraktionspräsidium an seinen Nachfolger Kilian Imhof. Gallus Müller ist eine prägende Figur der Mitte Thurgau. Er führte die Partei bis 2016 während mehrerer Jahre als Präsident und wurde 2016/2017 zum Grossratspräsidenten gewählt. Nach seinem Jahr als «höchster Thurgauer» übernahm er als Nachfolger von Jos Bernhard die Fraktionsführung. Gallus Müller zählt zu den kompetenten, bürgerlich denkenden und verlässlichen Persönlichkeiten in der Legislative. Als selbständiger Bauingenieur und Präsident des Hauseigentümerverbandes Thurgau HEV mit rund 20 000 Mitgliedern konnte er sein Wissen und seine Kompetenz in viele Themen und Geschäfte einfliessen lassen. Als neuer Fraktionspräsident wird Kilian Imhof, Lehrer und OL-Cheftrainer demnächst das Zepter übernehmen.

Guido (l.) und Eugen Goldinger zählen zu den kompetentesten Immobilien- und Liegenschaftsexperten in der Ostschweiz.

Eugen und Guido Goldinger gründeten vor genau 35 Jahren das inzwischen weit über den Thurgau hinaus bekannte Familienunternehmen in Frauenfeld. Das über Generationen gewachsene Immobilien- und Liegenschaftsunternehmen betreut ihre Kundschaft heute mit rund 60 Mitarbeitenden an fünf Standorten von Frauenfeld bis Sargans. Wir gratulieren den beiden AWG-Gründungsmitgliedern herzlich und wünschen ihnen weiterhin viel Erfolg.

Redaktion: Bruno Schlauri

IMPRESSUM

AWG-Memo
Zeitschrift für das Wirtschaftsforum
der CVP Thurgau
Ausgabe 49, Oktober 2022

Redaktionelle Verantwortung & Adresse:
Bruno Schlauri
Hammerweg 7
8274 Tägerwilen

Telefon: 071 669 15 85
Mobil: 079 420 24 31
e-Mail: schlauri@awg-tg.ch
Web: www.awg-tg.ch

Redaktion und Produktion:
Armin Menzi, Frauenfeld

Druck: Hannemann Media AG, Amriswil

Vorstand der AWG Thurgau

Bruno Schlauri, Unternehmer, Tägerwilen (Präsident)
Dr. Ruth Fleisch-Silvestri, Chefärztin, Mammern
Peter Bühler, Kantonsrat, Ettenhausen
Stephan Häuselmann, Unternehmer, Hefenhofen
Brigitte Kisters, Autorin, Märstetten
Hans Feuz, Unternehmer, Kantonsrat, Altnau
Christoph Regli, Kantonsrat, Frauenfeld
Patrick Siegenthaler, Wirtschaftsinformatiker, Herdern
Dr. iur. Beda Stähelin, Rechtsanwalt, Frauenfeld